

ANDREAS MATTFELDT MdB

Verden-Osterholz

BERLIN AKTUELL

Liebe Freunde,

Deutschland erreicht in diesen Tagen ein wichtiges Etappenziel auf dem Weg aus der Pandemie heraus. Die Impfkampagne nimmt deutlich an Fahrt auf: Am Donnerstag wurden insgesamt 932.495 Menschen geimpft. Das macht Hoffnung, in ein Leben zurückzufinden, wie wir es alle vermissen. Innerhalb unserer Fraktion habe ich mich dafür eingesetzt, dass wir bereits nach der ersten Impfung Grundrechte zurückgeben, die zuvor eingeschränkt waren. Wichtig wäre mir auch eine Gleichbehandlung der geimpften Personen, unabhängig davon welcher Impfstoff verabreicht worden ist, gewesen. Bei dem Vaccine von Johnson & Johnson besteht beispielsweise eine Wirksamkeit von 60-65 Prozent, wobei nur eine einzige Injektion nötig ist. Bei BioNTech/Pfizer erreichen wir laut meinen Informationen diese Wirksamkeit auch nach der ersten Impfung. Nach der zweiten Impfung sogar 90-95 Prozent. Zwischen der ersten und der zweiten Impfung müssen aber mehrere Wochen liegen und wir AstraZeneca eher mehr.

Wenn wir wollen, dass die Impfungen so schnell wie möglich die nötige Herdenimmunität bringt, dürfen wir jetzt kein Zweiklassensystem aufbauen. Ich hätte es für klug gefunden, wenn die Grundrechte bereits bei allen Impfstoffen nach der Erstimpfung zurückgelegt werden. Leider ist man meinem Vorschlag nicht gefolgt.

Unser Land als größte Industrienation in Europa steht nach der Bewältigung der Corona Pandemie vor der größten wirtschaftlichen und sozialen Herausforderung nach dem Zweiten Weltkrieg. Das wird alles andere als ein Spaziergang! Deshalb brauchen wir für die Zukunft ein solches Land, wirtschaftlichen und ökologischen Sachverstand und ein Team, das auch das soziale Miteinander der Gesellschaft im Blick hat. Eine nur einseitig auf ein Thema ausgerichtete Politik wird unser Land in dieser schweren Zeit nicht verkraften.

Deshalb ist es gut, dass Armin Laschet als ersten Mitstreiter Friedrich Merz ins Kernteam geholt hat. Ja, manches hätte ich mir in der Union in den vergangenen Monaten anders gewünscht. Ich bin mir aber zu 100 Prozent sicher, dass unser Land nur unter der Führung der Union die vor uns liegenden Probleme lösen kann.

Mit meiner Erfahrung aus der Wirtschaft, als langjähriger Bürgermeister und Bundestagsabgeordneter möchte ich auch in der kommenden Legislaturperiode dazu beitragen. Ich bitte um Ihr und Euer Vertrauen.

Herzliche Grüße

Ihr/Euer



Andreas Mattfeldt

FOTO DER WOCHE



Axel Döhling, Nadine Fischer, Andreas Mattfeldt, Gördt Glanzer, Marco Bachmann

ALS BUNDESTAGSABGEORDNETER STELLE ICH MICH BEI DER DEHOGA-PROTESTAKTION DEMONSTRATIV AN DIE SEITE DER HEIMISCHEN GASTWIRTE UND HOTELIERS

Besonders hart vom Lockdown betroffen sind die Gastwirte und das Übernachtungsgewerbe. Gerade die Betriebe dieser für unsere Kultur und unser Zusammenleben vor Ort so wichtigen Branche haben von Anfang an nachgewiesen, dass sie hier bei uns die Corona-Maßnahmen hervorragend umsetzen und alles zum Schutz ihrer Gäste tun.

Als ich von der DEHOGA-Aktion „Der Topf ist leer! Wir dürfen nicht kochen – nach welchem Rezept sollen wir überleben?“ erfahren habe und die hiesigen DEHOGA-Mitglieder in Langwedel mit Töpfen und Suppenkellen „bewaffnet“ an mich herangetreten sind, war es eine Selbstverständlichkeit für mich, mich eindeutig an die Seite unserer Gastronomen und Hoteliers in den Kreisen Osterholz und Verden zu stellen. Ich möchte damit deutlich machen, dass ich mich für ihre Belange konsequent einsetze.

Unsere heimischen Gastronomen und Hoteliers haben ihre Hausaufgaben gemacht, Rezepte für sichere Gastlichkeit geschrieben, sich danach gerichtet und trotz Krise investiert. Aber das Corona-Kabinett und der Ministerpräsident verbieten ihnen in Niedersachsen nach wie vor, mit diesen Rezepten zu öffnen, während in anderen Bundesländern Außengastronomie möglich ist. Das ist nicht gerecht! Daher fordere ich ein praktikables Überlebensrezept für unsere Gastronomen und Hoteliers.

Als Haushälter muss ich immer auch die Interessen unserer Steuerzahler im Auge behalten. Daher gilt auch, dass alle Hilfen des Bundes nur denen beim Überleben helfen können, deren Betriebe vor Corona finanziell gesund waren. In vielen persönlichen Gesprächen, Telefonaten und Mails haben mir die Betroffenen ihre prekäre Situation geschildert und auf die existenzbedrohenden Berufsverbote hingewiesen, das geht unter die Haut. Seit Monaten fordere ich deshalb öffentlich, in der Bundestagsfraktion und auch gegenüber Regierungsmitgliedern eine moderate Öffnung vor allem für die Außengastronomie und setze mich dafür ein, dass die Corona-Hilfsprogramme des Bundes diese meist mittelständischen Familienunternehmen vor dem Ruin bewahren.

Für mich ist gilt, dass wir die Gastronomen und ihre Verbände als Teil der Lösung betrachten, Gemeinsam mit ihnen müssen wir schnellstmöglich Wege finden, dieses Sinnbild für regionale Gastlichkeit und Wertschöpfung, Garant für Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie vielfältigste soziale Kontakte zu erhalten. Politik muss jetzt sichere und verlässliche Rahmenbedingungen für die Zukunft der gesamten Branche schaffen.

THEMEN DER WOCHE

FÜNFTES GESETZ ZUR ÄNDERUNG DER HANDWERKSORDNUNG UND ANDERER HANDWERKSRECHTLICHER VORSCHRIFTEN.

Die erneute Einführung der Zulassungspflicht für einzelne Handwerke durch die letzte Gesetzesänderung erfordert weitere Anpassungen. Um diese zu vollziehen, beschließen wir dieses Gesetz in zweiter und dritter Lesung. Konkret wird die doppelte Buchführung bei den Kammern eingeführt, Bezeichnungen von Gewerben aktualisiert und Ausbildungs- und Meisterprüfungsverordnungen erlassen. Angesichts der zurückgehenden Tarifbindung im Handwerk sollen zudem die Aufgaben der Innungen und ihrer Innungsverbände im Bereich des Tarifgeschehens stärker als bisher betont werden.

ANTRAG: VERANTWORTUNGSBEWUSSTER UMGANG MIT KAMPFMITTELN IN NORD- UND OSTSEE – TECHNOLOGIEN DER MARITIMEN WIRTSCHAFT NUTZEN

Nach aktuellen Schätzungen befinden sich in deutschen Gewässern der Nord- und Ostsee mindestens noch bis zu 1,63 Millionen Tonnen Munition, davon mindestens 300.000 Tonnen chemische Kampfstoffe. Die Gefahren durch die Munitionsalasten können durch geeignete Maßnahmen deutlich reduziert werden. Angesichts der großen Mengen an Giftstoffen und der zu erwartenden Kosten ist eine sinnvolle und auf wissenschaftlichen Methoden basierenden Priorisierung unumgänglich. In diesem Zusammenhang formulieren wir wichtige Impulse und richten zahlreiche Forderungen an die Bundesregierung.

SIEBTER BERICHT DER BUNDESREGIERUNG ÜBER DIE ENTWICKLUNG UND ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN DER MARITIMEN WIRTSCHAFT IN DEUTSCHLAND

Die Bundesregierung fördert durch aufeinander abgestimmte Maßnahmen die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands als Standort für Unternehmen in Schifffahrt, Seeschifffahrt, Hafenwirtschaft, maritimer Zulieferindustrie und der Meerestechnik. Unser Ziel ist es, diese Aktivitäten zu stärken sowie die Ziele einer nachhaltigen maritimen Wirtschaftspolitik national, europäisch und international voranzutreiben. Der Bericht gibt einen Überblick über die aktuelle Lage und von der Bundesregierung getroffenen und geplanten Maßnahmen.

GESETZ ZUR DIGITALEN MODERNISIERUNG VON VERSORGUNG UND PFLEGE.

In zweiter und dritter Lesung verabschieden wir ein Gesetz, mit dem wir das große Potential der Digitalisierung im Gesundheitsbereich weiter ausschöpfen. Damit dies gelingt, müssen die bestehenden Regelungen fortlaufend an aktuelle Entwicklungen angepasst, ausgebaut und um neue Ansätze ergänzt werden. Das Gesetz schafft Anreize, die Versorgung mit digitalen Gesundheitsanwendungen auszubauen und auf den Pflegebereich zu erweitern. Die Vorteile der elektronischen Patientenakte werden künftig stärker genutzt. Eine weitere Maßnahme ist das Ausweiten der digitalen Kommunikation im Gesundheitsbereich durch Schaffung eines Videokommunikations- und Messagingdienstes. Videosprechstunden werden auch für Heilmittelerbringer und Hebammen möglich und weitere Leistungserbringer werden an die Telematikinfrastruktur angeschlossen.

GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES NETZWERKDURCHSETZUNGSGESETZES.

Im Zentrum dieses Gesetzes, das wir in zweiter und dritter Lesung beschließen, steht die Fortentwicklung und Verbesserung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG). Informationspflichten der Anbieter sozialer Netzwerke werden ergänzt. Die Vergleichbarkeit der Transparenzberichte sowie die erforderliche Nutzerfreundlichkeit der Meldewege für Beschwerden über rechtswidrige Inhalte werden verbessert. Den sozialen Netzwerken wird damit insgesamt mehr Transparenz abverlangt. Hinzu kommen Verfahren zum Umgang mit Gegenvorstellungen von Nutzern oder Dritten gegen Löschung oder Blockierungen, eine Anerkennungsmöglichkeit für Schlichtungsstellen für entsprechende Streitigkeiten sowie die Ausweitung der Befugnisse des Bundesamts für Justiz. Der Gesetzentwurf ergänzt das Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität.

FÜNFTES GESETZ ZUR ÄNDERUNG DER HANDWERKSORDNUNG UND ANDERER HANDWERKSRECHTLICHER VORSCHRIFTEN.

Die erneute Einführung der Zulassungspflicht für einzelne Handwerke durch die letzte Gesetzesänderung erfordert weitere Anpassungen. Um diese zu vollziehen, beschließen wir dieses Gesetz in zweiter und dritter Lesung. Konkret wird die doppelte Buchführung bei den Kammern eingeführt, Bezeichnungen von Gewerben aktualisiert und Ausbildungs- und Meisterprüfungsverordnungen erlassen. Angesichts der zurückgehenden Tarifbindung im Handwerk sollen zudem die Aufgaben der Innungen und ihrer Innungsverbände im Bereich des Tarifgeschehens stärker als bisher betont werden.

GESETZ ZUR UMSETZUNG VON VORGABEN DER EINWEGKUNSTSTOFFRICHTLINIE UND DER ABFALLRAHMENRICHTLINIE IM VERPACKUNGSGESETZ

Mit dem Gesetz, das wir in zweiter und dritter Lesung verabschieden, werden die EU-Vorgaben der Einwegkunststoffrichtlinie, der Abfallrahmenrichtlinie und der Verpackungsrichtlinie umgesetzt. Inverkehrbringen von Getränken und Speisen in Einwegkunststoffverpackungen müssen künftig als Alternative auch Mehrweg anbieten. Ein Mindestzyklanteil für PET-Kunststoffgetränkeflaschen wird festgelegt. Außerdem erfolgt eine Ausweitung der Pfandpflicht auf weitere Getränkearten. Weitere Regelungen betreffen die Ausgestaltung der erweiterten Herstellerverantwortung, um sachgemäße Entsorgung einzudämmen. Die Regelungen gelten auch für Onlineanbieter.

GESETZ ZUR ABWEHR VON STEUERVERMEIDUNG UND UNFAIREM STEUERWETTBEWERB UND ZUR ÄNDERUNG WEITERER GESETZE

Mit diesem in erster Lesung zu diskutierenden Gesetz werden Staaten und Gebiete, die anerkannte Mindeststandards in Steuerfragen nicht erfüllen, zu Anpassungen aufgefordert. Zu diesem Zweck sollen Personen und Unternehmen durch gezielte verwaltungssseitige und steuerrechtliche Maßnahmen davon abgehalten werden, Geschäftsbeziehungen zu diesen Staaten und Steuergebieten fortzusetzen oder neu aufzunehmen. Die EU-Mitgliedstaaten haben sich zu einem koordinierten Vorgehen zusammengeschlossen, dies verspricht größtmögliche Effektivität. Darüber hinaus soll der Entwurf verschiebene Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung in ein Stammgesetz zusammenführen.

NETZWERKDURCHSETZUNGSGESETZES

Im Zentrum dieses Gesetzes, das wir in zweiter und dritter Lesung beschließen, steht die Fortentwicklung und Verbesserung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG). Informationspflichten der Anbieter sozialer Netzwerke werden ergänzt. Die Vergleichbarkeit der Transparenzberichte sowie die erforderliche Nutzerfreundlichkeit der Meldewege für Beschwerden über rechtswidrige Inhalte werden verbessert. Den sozialen Netzwerken wird damit insgesamt mehr Transparenz abverlangt. Hinzu kommen Verfahren zum Umgang mit Gegenvorstellungen von Nutzern oder Dritten gegen Löschung oder Blockierungen, eine Anerkennungsmöglichkeit für Schlichtungsstellen für entsprechende Streitigkeiten sowie die Ausweitung der Befugnisse des Bundesamts für Justiz. Der Gesetzentwurf ergänzt das Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität.

BETRIEBSRÄTEMODERNISIERUNGSGESETZ

In erster Lesung debattieren wir einen Gesetzentwurf, durch den die Wahl von Betriebsräten vereinfacht werden sollen. Die Rechte des Betriebsrats werden insbesondere bei der Weiterbildung, dem Einsatz von künstlicher Intelligenz und Regelungen zur mobilen Arbeit konkretisiert. Außerdem erhalten Vorfeld-Initiatoren für Betriebsratswahlen einen Kündigungsschutz. Virtuelle Sitzungen von Betriebsräten werden ermöglicht. Weiterhin wird der Entwurf, unter anderem zum Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik für gewährleisten und die Verantwortlichkeit für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Rahmen des Betriebsrats beim Arbeitgeber zu belassen.

WAHLKREIS AKTUELL



LANGWEDELER CDU WILL STÄRKSTE KRAFT IM GEMEINDERAT WERDEN

Mit Blick auf die anstehenden fünf Monate bis zur Wahl haben der Vorsitzende des CDU-Gemeindeverbandes, Lars Lorenzen und ich insbesondere die Kandidatur der vielen neuen und jungen Bewerberinnen und Bewerber begrüßt. Ihre Ideen und ihre Kreativität sind wichtig für den Erfolg unseres Bürgerkampfs. Gemeinsam will wir die Bürgerinnen und Bürger mit guten Argumenten und guter Arbeit hinter uns bringen, so viele Stimmen wie möglich bekommen, die stärkste Fraktion im Gemeinderat werden und endlich langwedeler Bürgermeister bringen. Als ehemaliger Langwedeler Bürgermeister weiß ich worum es geht. Unser gemeinsames Ziel ist es, unsere Gemeinde fit für die Zukunft zu machen. Wir haben einen Plan für Langwedel 2040! Es geht darum, die verkehrliche Situation nachhaltig zu verbessern und das Gewerbegebiet zu einem Aushängeschild für den Flecken zu entwickeln. Wir brauchen zudem eine andere Lösung für den heute nicht zufriedenstellenden Weg über das Besenweg und den intensiven Ausbau unserer Breitbandanbindung.

Bei allen infrastrukturell wichtigen Aufgaben, die wir angehen wollen und als Gemeinde endlich müssen, sind wir ebenso

in der Pflicht, uns um die Familien in der Gemeinde und ihre Bedürfnisse zu kümmern. Brennende soziale Themen gibt es auch bei uns. Wir müssen dabei dafür Sorge tragen, dass die gemeindlichen Angebote endlich an den Bedürfnissen der Familien und an der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgerichtet werden.

Als frisch gekürter Spitzenkandidat der CDU-Langwedel freue ich über die tolle Bandbreite, die das Kandidatenteam bietet. Es ist unsere Aufgabe, den Stillstand der vergangenen Jahre zu durchbrechen. Wir müssen in Langwedel Politik für die Bürgerinnen und Bürger machen. Mit den Menschen sprechen, gemeinsame Lösungen finden und dann loslegen.

Unsere Ortsräte sind unsere Identität vor Ort, ein unverzichtbarer Ideenpool für die Ratsarbeit im ganzen Flecken. Wichtig ist es, dass die Ansätze für die Entwicklung des Fleckens Langwedel aus den Ortschaften kommen. Dichter dran ist eben besser!